

Algerische Behörden wollten das 1. Gewerkschaftsforum der autonomen Gewerkschaften des Maghreb verhindern



Eine Delegierte aus Mauretanien informiert über die Verschlechterung der Lebensbedingungen nach dem Militärputsch in ihrem Land und der Einstellung der internationalen Hilfe.



«In meinem Land sind unabhängige Gewerkschaften verboten», informiert der ägyptische Delegierte von den «Lehrkräften ohne Gewerkschaft». Fotos: SNAPAP

chen Dienste SNAPAP fanden sich am 14. und 15. Mai VertreterInnen unabhängiger Gewerkschaften aus Ägypten, Tunesien, Marokko, Mauretanien und dem Senegal zum ersten maghrebischen Gewerkschaftsforum in Algier ein, das auch vom SOLIFONDS unterstützt wurde. Die Berichterstattung aus den einzelnen Ländern zeigte, dass es mit der Gewerkschaftsfreiheit in allen Ländern schlecht bestellt ist. Schlagendes Beispiel lieferten gleich die algerischen Behörden: SNAPAP hatte seit längerem von einer Privatperson Versammlungsräumlichkeiten gemietet, das «Gewerkschaftshaus». Am 13. Mai erhielt der Vermieter von den Gemeindebehörden mitgeteilt, dass er das «Gewerkschaftshaus» schliessen müsse. Es kämen dort junge Männer und Frauen zusammen, es sei lärmig und ausserdem würden Versammlungen mit AusländerInnen abgehalten, ohne dass die dafür nötige Bewilligung vorhanden sei, wurde bemängelt. Aus Angst leistete der Vermieter der Anordnung sofort Folge.

Das Forum konnte dann doch durchgeführt werden: in den Räumlichkeiten der sozialistischen Partei FFS. Die Delegierten berichteten über die Verfolgung und Unterdrückung der autonomen Gewerkschaften in ihren Ländern. Sie unterstützten die Forderung der Frauenorganisationen in den Maghrebstaaten nach Gleichberechtigung. Ausserdem wurde anhand des algerischen Beispiels aufgezeigt, wie die Bevölkerung unter der Teuerung in allen Lebensbereichen leidet, eine Folge der neoliberalen Wirtschaftspolitik, der Privatisierungen und des Ausverkaufs der Ressourcen. Schliesslich kritisierte das Forum die gewaltsame Unterdrückung von sozialen Protesten und Streiks in allen Ländern.

Die unabhängigen Gewerkschaften im Maghreb geben deswegen aber nicht auf. Bereits ist ein nächstes Gewerkschaftsforum in Marokko geplant, dem dann eines in Mauretanien folgen soll.

Die Situation der Gewerkschaften in den Maghrebstaaten ist schwierig. Auf der einen Seite stehen die offiziellen Gewerkschaften, kontrolliert durch die Regierungen, die sich in keinem der Länder durch demokratisches Verhalten auszeichnen. Daneben haben sich in allen Ländern unabhängige Gewerkschaften gebildet. Sie fordern ein Ende von Unterdrückung und Gewalt gegen GewerkschafterInnen und MenschenrechtlerInnen, das Selbstbestimmungsrecht für ihre Organisationen gemäss den ILO-Konventionen, umfassende Rechte für die Frauen und eine Wirtschaftspolitik im Dienste der Menschen und nicht der korrupten Herrschenden. Es verwundert nicht, dass die autonomen Gewerkschaften starken Repressionen ausgesetzt sind und um ihre Anerkennung und ihr Überleben kämpfen müssen.

Auf Einladung der algerischen Gewerkschaft der Angestellten der öffentli-

Freiheit. Gleichheit. Würde. Für mich und dich.

Gesamtschweizerische Demo gegen Rassismus und gegen Ausgrenzung

Bern, Samstag 26. Juni 2010

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung sind definitiv salonfähig geworden in der Schweiz. Leider.

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass Ausgrenzung zur Normalität wird und immer grössere Teile der Gesellschaft dem zunehmenden direkten und strukturellen Rassismus gleichgültig gegenüber stehen.

Gegen Misstrauen und Sündenbockpolitik setzen wir den solidarischen Kampf für politische und soziale Grundrechte für alle.

Wir fordern: Solidarität, gleiche Rechte und Mitbestimmung für alle, statt Zwangsintegration.

Demokratie kann es ohne Grundrechte nicht geben. Sie sind Fundament einer offenen Gesellschaft mit Zukunft. Sie gelten für alle. Oder gar nicht.

Weitere Informationen unter: www.sosf.ch



Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt», getragen vom Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB, von der SP Schweiz, dem Schweiz. ArbeiterInnenhilfswerk SAH und den Mitstifterorganisationen: Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern, Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika FEPA, Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Saharaische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien.

Das Informationsbulletin erscheint 5mal jährlich.

Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich

SOLIFONDS

Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt

Informationsbulletin Nr. 68 / Juni 2010

Unterstützungsaktion

Arbeiterinnen wehren sich gegen Fabrikschliessung durch Schweizer Konzern in den Philippinen



Die entlassenen Textilarbeiterinnen protestieren seit Monaten vor der geschlossenen Triumph-Fabrik. Foto: BPMTI

Rund 3600 Arbeiterinnen hat der in der Schweiz ansässige Unterwäsche-Multi Triumph letztes Jahr in den Philippinen und Thailand auf die Strasse gestellt. Anfangs Jahr ereilte 253 ArbeiterInnen der Kartonfabrik in Deisswil bei Bern ein ähnliches Schicksal. Von einer Entlassungswelle infolge permanenter Restrukturierungen muss beim Basler Clariant-Konzern gesprochen werden: 4000 Entlassene im Jahr 2004, 2200 Entlassungen drei Jahre später und letztes Jahr nochmals 1300. Die brutalen Auswirkungen der globalen Profitlogik von Unternehmen zeigen sich längst überall: Massenentlassungen und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Lohnkürzungen sowie Abwälzung von sozialen Kosten auf die Betroffenen oder Gemeinden, zunehmende Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und Gesundheitsprävention sowie permanente Versuche, die Gewerkschaften zu schwächen.

Während jedoch hier in der Schweiz über Sozialpläne (noch) verhandelt werden kann und ein soziales Auffangnetz besteht, stehen die Arbeiterinnen in den Philippinen auf der Strasse, ohne dass sich der Konzern an rechtliche Verpflichtungen hält. Forderungen nach Verhandlungen oder auch nur Gesprächen werden vom Triumph-Management übergangen, die Gewerkschaft der Textilarbeiterinnen wird derweilen von Sicherheitskräften eingeschüchtert. Mit Schadenersatzforderungen soll sie mundtot gemacht werden.

Um der globalen Konzernarroganz entgegenzutreten und die weltweite soziale Abwärtsspirale zu bremsen, ist es deshalb zentral, die transnationalen Konzerne, gerade wenn sie ihren Sitz in der Schweiz haben, in die Pflicht zu nehmen und den Widerstand und die Kämpfe wie jene der Textilarbeiterinnen in den Philippinen zu unterstützen. Mit viel Mut gegenüber dem Unterwäsche-Giganten Triumph fordern sie ihre Rechte ein und wollen die Produktion in die eigenen Hände nehmen.

Das Morden in Honduras geht weiter

«Wir schiessen dir den Kopf weg, dir bleiben nur noch wenige Tage.» Diese anonyme Morddrohung erhielt Carlos H. Reyes, Präsident der Gewerkschaft STIBYS, Ende Mai per Telefon. Wenige Tage später griffen bewaffnete Männer den Sitz der Gewerkschaft an, ein Gewerkschafter erlitt schwere Schussverletzungen.

Carlos H. Reyes ist ein bekannter Vertreter der breiten Volkswiderstandsfrente FNRP. Auf Einladung des SOLIFONDS weilte er im April/Mai in der Schweiz, wo er an Veranstaltungen und Treffen mit PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und Medienschaffenden über die Situation in Honduras informierte. Er berichtete darüber, dass die Volksbewegungen gezielt eingeschüchtert und angegriffen werden. Seit der Einsetzung des in Putschwahlen erkorenen Präsidenten Porfirio Lobo hat sich die Situation weiter verschärft: Von Februar bis Ende April 2010 sind sieben JournalistInnen, vier GewerkschafterInnen sowie mehrere Mitglieder der Bauernorganisation MUCA ermordet worden – dies unter völliger Straflosigkeit.

Zahlreiche Organisationen fordern deshalb in einer vom SOLIFONDS und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB lancierten Petition vom Bundesrat, dass er sich dafür einsetzt, dass die Menschenrechte in Honduras gewährt und die Verantwortlichen für die Morde und weiteren Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden. Die Armee soll zudem nicht mehr gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Die Petition (siehe www.solifonds.ch) wurde von zahlreichen Organisationen mitgetragen, darunter die Gewerkschaften Unia, vpod, SEV und Kommunikation.

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
Fax 044 272 11 18
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7

Besuch von Asunta Salvatierra von der Landlosenbewegung in Cochabamba/Bolivien

Asunta Salvatierra von der Landlosenbewegung MST in Bolivien (vgl. Informationsbulletin vom Februar) weilte im April für einen einmonatigen Austausch-aufenthalt in der Schweiz, eingeladen von der Organisation E-Changer.

Der SOLIFONDS organisierte in Zürich ein längeres Interview auf Radio LoRa und eine Diskussionsveranstaltung im Infoladen Kasama. Es waren interessante Begegnungen mit einer Quechua-Frau, die sich seit Jahren zusammen mit dem MST für vier Ziele

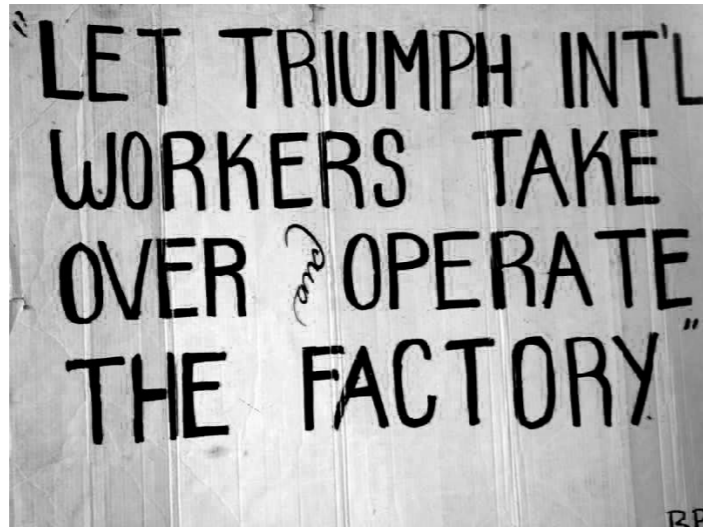


einsetzt: an erster Stelle für eine Agrarreform. Tausende von Kleinbauernfamilien können von ihren Miniparzellen nicht mehr leben. Fruchtbare Land gibt es zwar im östlichen Tiefland, aber eine Verteilung stösst dort auf den erbitterten und teils gewaltvollen Widerstand der Grossgrundbesitzer und der Holzindustrie. Kein leichtes Unterfangen für die Regierung von Evo Morales, eine gerechtere Landverteilung umzusetzen.

Land ist Voraussetzung für das zweite Ziel, die Ernährungssouveränität: Jede Familie und jedes Land soll in erster Linie jene Nahrungsmittel produzieren, die sie benötigen, damit kein Hunger mehr besteht.

Das alles geht nicht, wenn nicht die Frauen – so das dritte Ziel – die gleichen Rechte gerade auch beim Landbesitz erhalten wie die Männer. Asunta kämpft deshalb auch innerhalb des MST für gleiche Rechte.

Mit der neuen Verfassung in Bolivien ist das vierte Ziel, die Anerkennung der indigenen Kultur, festgeschrieben worden. In der Realität herrscht jedoch, so Asunta, in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen weiterhin ein eigentlicher Rassismus gegenüber den Indigenas.



Die ehemaligen Triumph-Arbeiterinnen haben ihre Protestzelte zu einem improvisierten Produktionsbetrieb gemacht – bis zur Räumung im Mai 2010. Sie wollen die Fabrik selbst weiterführen.

Foto: BPMTI

Philippinen: Arbeiterinnen protestieren seit fast einem Jahr gegen den Unterwäschegiganten Triumph

Im Sommer 2009 schloss der schweizerisch-deutsche Unterwäschehersteller Triumph International überraschend zwei Fabriken in den Philippinen und entliess in Taguig City in Metropolitan Manila 1663 Arbeiterinnen. Seither haben Hunderte Arbeiterinnen mit Mahnwachen vor den Fabriken verhindert, dass die Firma die Maschinenanlagen entfernt, bevor eine Einigung zwischen dem Management und der Gewerkschaft BPMTI (Bagong Pagkakaisa ng mga Manggagawa sa Triumph Int'l. Phils. Inc.) erreicht wird. Die Triumph-Leitung hat solche Verhandlungen bislang jedoch verweigert.

Anfang Mai hat ein Grossaufgebot von Sicherheitskräften die entlassenen Arbeiterinnen vertrieben: Die Zelte und Stände der Mahnwachen wurden abgerissen, die Anwesenden eingeschüchert und mehrere von ihnen verletzt. Auch wurde das BPMTI-Gewerkschaftsbüro geräumt, die darin befindlichen Sachen teilweise zerstört und das Büro verriegelt. Eine einstweilige Verfügung verbietet es den Arbeiterinnen, sich in der Nähe des Fabrikgebäudes zu besammeln. Obwohl sie erneute Einschüchterungen und Angriffe befürch-

ten, führen sie eine Mahnwache unweit der ehemaligen Triumph-Fabrik fort. Gleichzeitig finden Treffen mit der staatlichen «Food Terminal Incorporated» statt, welche die Industriezone verwaltet, in der sich die Triumph-Fabrik befindet. Die entlassenen Arbeiterinnen fordern, dass sie die stillgelegte Fabrik selbst weiterführen können.

Trotz dieser Gespräche war es die «Food Terminal Inc.», die die Räumung der Mahnwachen angeordnet und dafür gesorgt hatte, dass keine Proteste in Fabriknähe mehr stattfinden dürfen. Aus Gerichtsdokumenten wird deutlich, warum: Triumph hatte der Zonenverwaltung in Aussicht gestellt, dass sie fixe Einrichtungen übernehmen könne, wenn sie dafür die beweglichen Gerätschaften abtransportiere und Triumph aushändige. Mit diesem Deal will der Unterwäschekonzern «den Fünfer und das Weggli»: zu seinen Gerätschaften kommen, ohne sich die Hände schmutzig zu machen. Derweil hat die «Food Terminal Inc.» gewaltsam die Mahnwachen der entlassenen Arbeiterinnen geräumt.

Der Gewerkschaft droht unterdessen eine horrenden Klage auf Schadenersatz: Weil die «Food Terminal Inc.» wegen der Mahnwache vor der Fabrik die Räumlichkeiten über mehrere Monate nicht habe vermieten können, sollen die Arbeiterinnen rund 117'000 Euro Entschädigung bezahlen.

Damit sie sich gegen die Schadenersatzklage wie auch gegen das praktische Verbot ihrer Proteste in Fabriknähe verteidigen können, sind die Arbeiterinnen dringend auf juristische Unterstützung angewiesen. Dafür haben sie den SOLIFONDS um finanzielle Hilfe gebeten. Seit Sicherheitskräfte das Gewerkschaftsbüro geräumt und verriegelt haben, braucht die Gewerkschaft zudem einen neuen Raum, damit sie ihre Arbeit fortsetzen kann.

Weiterproduktion in einer Arbeiterinnenkooperative

Viele Arbeiterinnen sind durch die Entlassung in eine prekäre Situation geraten, weil seither das Haupteinkommen ihrer Familie ausbleibt. So auch in Thailand, wo Triumph ebenfalls 2000 Arbeiterinnen entlassen hat. Hier gelang es den Arbeiterinnen, ab Ende Februar eine eigene Unterwäschelinie zu starten und sich so ein kleines Einkommen zu sichern. Dafür stellte ihnen das thailändische Arbeitsministerium 250 Nähmaschinen, eine Produktionsstätte sowie ein Darlehen für den Aufbau einer Arbeiterinnenkooperative zur Verfügung – allerdings erst, nachdem die entlassenen Arbeiterinnen das Ministerium besetzt und die Produktion von Protestunterwäsche in den staatlichen Räumlichkeiten gestartet hatten.

Auch in den Philippinen wollen die entlassenen Arbeiterinnen mit einer Kooperative in den leerstehenden Triumph-Räumlichkeiten weiter produzieren. Bereits im Lauf ihrer Proteste haben sie in einem improvisierten Produktionsbetrieb bei der Mahnwache eine Solidaritäts-Kleiderkollektion hergestellt.

Gewerkschaften haben Klage gegen Triumph eingereicht

Der in der Schweiz ansässige Konzern Triumph International ist einer der grössten Unterwäsche-Hersteller der Welt. Vor 114 Jahren in Deutschland gegründet, ist das Unternehmen heute in über 120 Ländern präsent: Dem Konzern mit weltweit über 44'500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 2,37 Milliarden Franken (2008) gehören zahlreiche Unterwäschemarken, unter anderem Sloggi, Bee Dees oder HOM.

Gleichzeitig mit den Arbeiterinnen in den Philippinen (siehe Haupttext) hat das Unternehmen vor knapp einem Jahr 2000 Angestellte einer Grossfabrik in Thailand entlassen. Der Konzern begründete den Stellenabbau mit der weltweiten Rezession. Auffällig war dabei, dass ausschliesslich gewerkschaftlich gut organisierte Fabriken betroffen waren. Kurz zuvor hatte Triumph International in Thailand sogar eine bis dato gewerkschaftsfreie Fabrik weiter ausgebaut.

Weil die Firma die Massenentlassungen ohne Einbezug der Gewerkschaften umgesetzt und keinen Sozialplan mit ihnen ausgehandelt hat, haben im Dezember 2009 die philippinischen und die thailändischen Gewerkschaften beim Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) eine Klage wegen Verletzung der OECD-Richtlinien eingereicht. Mitte Mai hat das seco, in seiner Funktion als nationaler Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze, die Beschwerde gegen Triumph angenommen und wird nun versuchen, die beiden Parteien zur Mediation an einen Tisch zu holen. Bis anhin hat das Triumph-Management Verhandlungen mit den Gewerkschaften verweigert.

Kolumbien: «Frauen sollen stärker an der Planung von Aktionen und Kampagnen teilhaben!»

«Es macht uns Sorgen, dass noch immer eine grosse Geschlechterungleichheit in der Gewerkschaftsführung besteht. Wir wollen deshalb speziell zum Empowerment von Frauen beitragen», schrieb das Frauendepartement des Gewerkschaftsdachverbandes CUT-Valle del Cauca in einem Brief an den SOLIFONDS. In der kolumbianischen Region Valle del Cauca sind etwas mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder Frauen. Unter diesen finden sich insbesondere viele Lehrerinnen und Angestellte des Gesundheitssektors – in deren Einzelgewerkschaften beträgt der Frauenanteil rund siebenzig Prozent. Jedoch auch viele Arbeiterinnen sind vertreten, beispielsweise aus der Textil-, Nahrungsmittel- oder der Chemieindustrie. Viele Unternehmen stellen vermehrt Frauen an – und bezahlen ihnen für die gleiche Arbeit weniger Lohn als Männern.

Die hohe Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen widerspiegelt sich nicht in den Führungsgremien der Gewerkschaften. In der Leitung des gesamt-kolumbianischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT findet sich unter 21 Mitgliedern gerade eine Frau, im regionalen Gewerkschaftsverband CUT-Valle sind es 4 Frauen von insgesamt 15 Mitgliedern der Gewerkschaftsführung. Damit Frauen besser in der Entscheidungsfindung vertreten sind und ihre Sichtweise und spezifischen Anliegen in die Planung von Kampagnen und Aktionen einfließen, plant das Frauendepartement des Gewerkschaftsdachverbandes CUT-Valle del Cauca vier Seminar-Blöcke, um Frauen gezielt zu fördern und in die Führungsgremien nachzuziehen. Die mit Unterstützung vom SOLIFONDS durchgeführten Seminaren richten sich an hundert Gewerkschaftsaktivistinnen aus allen Einzelgewerkschaften. Die Teilnehmerinnen erhalten eine grundlegende Ausbildung in den Themen Gewerkschaftsarbeit, Arbeitsrechte und spezifische Rechte von Frauen sowie in der Kommunikation.

Im Namen der Frauen, die sich für ihre Rechte und für Land einsetzen, danken wir Ihnen für Ihre Unterstützung!